

## Zur mentalitätsgeschichtlichen Dimension des ostdeutschen Transformationsprozesses

Nach einer alten These von K. R. Popper läßt sich (abgesehen von bescheidenen Prognosen bei überschaubaren Voraussetzungen) die Geschichte nicht voraussagen, da sie zunehmend mehr von unserem Wissen abhängt. Wenn wir sie voraussagen wollten, müßten wir heute schon angeben, was wir morgen erst wissen können (und welchen Teil wir davon wie, auf welchen Handlungsfeldern, mit welchen Mitteln etc. umsetzen werden).

Die These selbst ist einleuchtend, nur gegen ihre Schlußfolgerung haben wir uns als Marxisten lange gewehrt. Sie schien uns paradox zu sein: Trotz, ja **wegen** ihrer wachsenden Abhängigkeit von mentalen Faktoren – von einer immer größeren Menge an Erkenntnissen, Wissen und Erfahrungen – würde sich die Geschichte dem Kalkül bewußten Handelns entziehen. Das widersprach einer unserer Schlüsselüberzeugungen von der Möglichkeit, das Reich der Notwendigkeiten mit dem Sozialismus als *bewußt* gestalteter Gesellschaftsordnung zu überschreiten.<sup>1</sup> Doch die desolante Weltlage mit ihren eskalierenden Krisenpotenzialen *trotz* mit dagewesener Wissens- und Informationsressourcen gibt Popper in gewisser Weise Recht: Diese Mentalressourcen auf der Basis moderner Informations- und Kommunikationstechnologien sind nicht nur Quellen wachsender Bewußtheit, sondern eben **als** diese Quellen auch die Auslöser immer neuer, umfassender und mittlerweile immer gefährlicherer Unwägbarkeiten der Geschichte.

Eine wachsende Menge von Erkenntnissen und Erfahrungen, schneller wechselnde Bewußtseins- und Stimmungswandel schlagen damit nicht pur und direkt auf den Geschichtsverlauf durch, schon gar nicht in jener beabsichtigten Sinne. *Sie bilden im Realitätsverbund geschichtlicher Faktoren vielmehr jene Variablen, die namentlich in Zeiten sozialer Umbrüche oft überraschende Wendungen verantworten.*

R. K. Mertons berühmte soziologische Parabel vom „Schwarzen Mittwoch“ der Last National Bank in Anlehnung an das bekannte Thomasphänomen gibt dafür ein anschauliches Beispiel.<sup>2</sup>

Das bloße Gerücht der Insolvenz der Bank führte trotz ihrer verhältnismäßig großen Liquidität zur tatsächlichen Insolvenz. Ihre stabile Finanzstruktur war von einem Netzwerk von Definitionen der Situation abhängig. Als diese Situation der Finanzstruktur von den Bankkunden anders definiert wurde, brach der darauf gegründete Realitätsverbund in sich zusammen, überraschend und unaufhaltsam.

Die zu diesem Verbund gehörigen, objektiv sachlichen, sozialen, politischen etc. Tatbestände ordneten sich nun gemäß der definitorischen Netzwerkverschiebung im öffentlichen Bewußtsein zu einem anderen Realitätsszenario.

Freilich, – entgegen der radikal-konstruktivistischen Interpretation solcher Vorgänge – auch die Umdefinition der Banksituation erfolgte nicht aus heiterem Himmel, sondern vor dem Hintergrund einer allgemeinen Krise mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit von „crashes“. Das Insolvenzgerücht hatte einen verbal realen Hintergrund. Aber das ändert nichts daran, daß bestimmte „Definitionen“ einer Situation, einmal getroffen, im öffentlichen Bewußtsein zum „integralen Bestandteil der Situation selbst“ werden (Merton), solange es sich um menschliche Beziehungen, nicht um naturgesetzliche Zusammenhänge handelt. Das geht sogar soweit, daß ursprünglich falsche Definitionen (in dem Falle irreführende Gerüchte) die Bedingungen ihrer eigenen Verwirklichung erzeugen können, also nachträglich quasi bestätigen, was vorab durchaus falsch war (self-fulfilling prophecies). Dies gehört, nach Merton, zu den „Perversitäten sozialer Logik“.

Für zeitgeschichtliche Betrachtungen ist daran interessant: In der *Rückschau* verlieren sich solche „mentalen Definitionen“ der jeweils untersuchten Zeiträume, ihre Wirkungen lassen sich schwer rekonstruieren. Sie treten hinter die objektivierbaren Tatbestände der Geschichte zurück, schnell „vergessen“, oder sie werden überbewertet, indem in Vorgänge eine Bewußtheit hineinprojiziert wird, die in der „Echtzeit“ nie gegeben war.<sup>3</sup> Aus der Retrospektive sieht jedoch meist alles so aus, als mußte es dem Stand der Tatsachen nach so kommen, unausweichlich.

Genau daran muß bei der zeitgeschichtlichen Analyse des Transformationsprozesses immer wieder erinnert werden. Die Einladung zu Fehldeutungen sind dort aufgrund der hyperdynamischen Entwicklungen besonders groß.

Seit 1989 geschah nicht nur mehr als sonst in Jahrzehnten, vieles kam völlig überraschend.<sup>4</sup> Niemand wäre vorab im Stande gewesen, das Szenario dieser Ereignisse auch nur einigermaßen genau zu beschreiben. Die jüngste Geschichte schien jeglichen bewußten Einflüssen und Zwecksetzungen entzogen zu sein. Ihren Akteuren blieb meist nur, nachträglich zu begreifen, was längst geschehen ist. Sich darauf einzustellen und mit den Auswirkungen fertig zu werden, kostete alle Mühe. Bei dieser Ereignisdichte und Schnelligkeit fällt es schwer – auch heute noch –, gedanklich Zeitgenosse zu bleiben und geistig mit der Entwicklung Schritt zu halten.

Das fördert geradezu die Neigung, den Verlauf von „Wende“ und darauffolgendem Transformationsprozeß nachträglich wie „Naturereignisse“, als pure Sachzwänge zu deuten, abgekoppelt vom bewußten Sein der Beteiligten. Logischerweise wären dann mentale Geschichtsanalysen für die Aufklärung der geschichtlichen Vorgänge selbst irrelevant, sie gäben doch nur kund, wie die Beteiligten nachträglich mit dem fertig wurden, was auf sie einstürzte.

Mit dieser Neigung geht die von konservativen Kreisen kräftig geförderte Auffassung konform, daß die Politik der Währungsunion, des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik, des Vereinigungsvertrags etc. unausweichlichen Sachzwängen ausgesetzt gewesen sei, quasi alternativlos, und politische Klugheit eben darin bestand, auf längst installierte objektive Prozesse rasch und entschlossen mit begleitenden Maßnahmen zu reagieren (genau deshalb habe die Opposition „in der Stunde der geschichtlichen Wahrheit“ mit ihrem zögerlichen Kurs versagt). Eine solche „naturgeschichtliche“ Sichtweise geht am wirklichen Gang der Dinge vorbei.

Mentale Faktoren höchst unterschiedlicher Intensität und Dauer bestimmten Verlauf, Umfang und Ausmaß des Transformationsprozesses seit der „Wende“ ganz entscheidend mit. Vor der „Wende“ lagen, wie stets bei solchen gesellschaftlichen Erschütterungen,<sup>5</sup> Jahre der Arroganz der Macht, der versäumten Reformen und der allgemeinen Stagnation. Konflikteenergien erzeugten zunehmende Spannungen, die sich in Protestaktionen entluden. Die ersten Proben der eigenen Macht, die die Demonstrationen den Beteiligten gab (vermittels der elektronischen Medien faktisch vor den Augen und im Schutz der Weltöffentlichkeit), machten die Schwäche des alten Systems offenbar, bestimmten die gesellschaftliche Grundsituation neu und setzte schließlich jene Massenenergien frei, die binnen kurzer Zeit die gewaltigen Machtvorkehrungen ins Leere laufen ließen. Das System brach in sich zusammen. In solchen „revolutionären Situationen“ wächst das rebellische Selbstbewußtsein schneller als die Fähigkeit der politischen Klasse, die angestauten Probleme zu lösen – ganz nach der klassischen Regel: die Regierenden können nicht mehr und die Regierten wollen nicht mehr so wie bisher leben.

Die mentalgeschichtlichen „Konstrukte“ im Zusammenbruchsszenario der DDR sind unübersehbar. Ähnliches gilt für den Transformationsprozeß nach dem Fall der Mauer.

Seine Koordinaten und Entwicklungsrichtung waren keinesfalls, wie im Nachhinein gern behauptet, von vornherein auf den West-Ost-Systemtransfer programmiert, zumindest nicht auf seine „High-speed-Variante“. Daß schließlich doch dazu tendierte, ist aus objektiven ökonomischen, politischen und sozialen Ursachen allein nicht zu erklären (ökonomisches Desaster und eingeschränkte Demokratie der DDR, Wohlstandsgefälle zwischen beiden deutschen Staaten...),<sup>6</sup> auch das ist wesentlich mental mitbedingt.

Ausschlaggebend dafür war die *Vereinigungseuphorie* kurz nach der „Wende“, die sich über den Zeitraum von der Jahreswende 1989/1990, dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom Dezember 1990 bis zum Frühsommer 1991 erstreckte. Sie wurde zum „Trendsetter“ des beschleunigten Systemtransfers und sorgte für dementsprechende Netzwerkverschiebung in der „Definition“ des ostdeutschen Transformationsprozesses.

Dieses Euphoriephänomen muß erklärt werden, nicht nur weil zwischen der Kurzlebigkeit dieser Stimmung und den von ihr ausgelösten langfristigen Folgen eine große Diskrepanz besteht und dies zum Grundkonflikt der gegenwärtigen innerdeutschen Entwicklung geworden ist. Nicht nur, weil sich die Dämonisierung der DDR-Vergangenheit (Heiner Müller), derer heute viele Menschen überdrüssig sind, ursprünglich aus dieser Euphorie legitimiert. Auch das Zustandekommen dieses Phänomens wie sein schließlicher Verfall selbst werfen viele Fragen auf.

Warum entschieden sich Menschen, die sich kurz zuvor noch, wenn auch mit zunehmender Distanz, den Spielregeln des Honeckersystems gefügt hatten, wenig später für „Nie wieder Sozialismus“ und den schnellen Anschluß an die Bundesrepublik? Warum war die Vereinigungseuphorie zunächst allgegenwärtig und zog selbst nüchtern denkende Menschen in ihren Bann, obschon mit dem ersten Jahrestag des vollzogenen Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik fast ebenso allgegenwärtig Ernüchterung und Skepsis überwogen?

Ein Erklärungsansatz der euphorischen Interimszeit ergibt sich aus der besonderen Situation der Deutschen im Transformationsprozeß. Zwei kurz hintereinander geschriebene Bücher Klaus v. Dohnanys sind dafür ein Beleg.

In seinem ersten Buch, „Briefe an die deutschen Demokraten“ (Leipzig/Weimar 1990), vor der Währungsunion geschrieben, warnt er davor, die Fehler des Westens zu wiederholen, so als ob es genüge, sie auszuweisen und den Willen zu ihrer Vermeidung zu stärken. Die deutsche Einheit schien ihm ein Nachholvorgang zu sein, bei dem aus den Erfahrungen des Westteils viel zu lernen wäre, um Entwicklungen zu verkürzen, ganz zugunsten einer wirklichen und raschen Einheit. Das war typisch für diesen Zeitraum, obwohl sich Dohnanys Sachlichkeit wohltuend von der allgemeinen Euphorie abhob. Aber der Wille zur Vereinigung schien auch ihm übermächtig, nichts schien diesen bei vernünftiger Gestaltung aufzuhalten.

Dohnanys zweites Buch, „Das deutsche Wagnis“ (München 1991), resümiert demgegenüber, die Einheit bleibt der Wunsch, die Teilung die Realität, wirtschaftlich, sozial und psychologisch. Ein Jahr danach ist der Blick nüchterner, der schlichte Grund dafür klarer erkennbar: Beide deutsche Staaten, so Dohnany, existierten ja nicht schlechthin getrennt voneinander, sondern entstanden im Ergebnis des Kalten Krieges.

In der Tat, es brauchte erst eine gewisse geschichtliche Distanz für die Erkenntnis, daß der alte Systemgegensatz zwischen Ost- und Westdeutschland eine Mentalitätsklüft hinterläßt, die sich nach dem Verschwinden der Mauer und der Blöcke nicht einfach auflöst. Gerade weil dieser innerdeutsche „cultural lag“ der eines Kultur- und Geschichtskreises ist, wurde und wird er bagatellisiert. Dadurch schienen zunächst die jahrhundertealten Gemeinsamkeiten deutscher Sprache, Geschichte und Kultur die letzten vier Jahrzehnte getrenntstaatlicher

Entwicklung zur historischen Episode zu erklären, deren Wunden die Zeit schnell heilt. Dadurch war die Sensibilität für die ersten Unverträglichkeitssymptome zwischen forciertem institutionellen Umbau nach Vorlage West und der lebensweltlich-kulturellen Beharrungstendenz Ost<sup>8</sup> im öffentlichen Bewußtsein noch gering ausgeprägt. Es dauerte einige Zeit, um zu erkennen, daß der epochale Ost-West-Gegensatz die Biographien ganzer Generationen nachhaltig geprägt hatte und nun an einem der neuralgischsten Punkte der modernen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, dem komplizierten Zusammenwachsen von erster und zweiter Welt, nicht so problemlos wie einmal gedacht, zur Geltung kommen kann.

Wie auch immer, mochte dieser cultural lag zunächst auch noch wie ein kurzes geschichtliches Zwischenspiel anmuten, sein Beharrungsvermögen und seine weltpolitische Plazierung heben ihn weit darüber hinaus.

Aus westdeutschem Blickwinkel scheint diese Erklärung plausibel, zumal das Anschlußszenario des Einigungsvertrages den Westteil Deutschlands in die Rolle desjenigen bringt, der schon angelangt ist, und für den es wünschenswert wäre, wenn der Ostteil schnell zu ihm aufschließt. Der Westteil hat den Part historischer Kontinuität inne. Aus seiner Sicht relativiert sich die Diskontinuität, die die deutsche Entwicklung nach der Zweistaatlichkeit bestimmt. Im Westen hielt sich insofern insgesamt auch die Begeisterung in Grenzen. Da dort scheinbar alles beim Alten blieb, kam eine wirkliche Aufbruchstimmung nicht auf.

Aber aus ostdeutscher Sicht bleibt bei dieser Erklärung vieles offen.

Die Mehrheit der Ostdeutschen hatte das System doch angenommen, sich eingerichtet und verhielt sich zumindest loyal dazu (auch wenn rückwirkend die kritische Distanz dazu herausgestellt wird). Das paßt ebensowenig zu der plötzlichen Vereinigungseuphorie wie die „Trotzidentität“ (Jens Reich), knapp ein Jahr danach. Die Ostdeutschen haben doch mit dem radikalen „time lag“ zwischen der Zerstörung ihrer bisherigen und dem so nicht erwarteten langsamen und ungenügenden Aufbau neuer Lebensgrundlagen den bittersten Preis für diese Euphorie zu zahlen. In der damaligen Stimmung legten sie doch selbst die Grundlagen der Politik, die sie heute beklagen. Immerhin bestimmte diese enthusiastische Zeit den Ausgang jener vier entscheidenden Wahlen vom März bis zum Dezember 1990, die diese Politik legitimierten. Was bestimmte also den Wechsel von DDR-Loyalität zum euphorischen Anschluß an die Bundesrepublik und von da schließlich zur neuen „geistigen Mauer“ zwischen Ost- und Westdeutschen?

Tatsächlich standen „Nie wieder Sozialismus“ und „Ja“ zur schnellen Vereinigung in keinem Verhältnis zur jahrzehntelang geübten mehrheitlichen Loyalität zur DDR. Diese Loyalität war keinesfalls nur das Ergebnis von Drohungen, Gedankenlosigkeit, sich abfindender Resignation oder sozialer Sicherheit, die ökonomisch schon lange nicht mehr untersetzt und daher trügerisch war. In bestimmtem Maße hatte man sich schon deshalb mit der DDR identifiziert, weil sie

fast ein halbes Jahrhundert unausweichlicher Lebensraum, soziales Medium individueller Selbstverwirklichung und kritischer Auseinandersetzungen war, der Bezugspunkt wichtiger Lebenserfahrungen, großer und kleiner Erfolge im Berufsleben, der Ort sozialer Kommunikationsbedürfnisse – „jenseits banaler Anpassungsqualität“ (Manfred Haustein)<sup>9</sup>.

Es gab aber auch Überzeugungsgründe für die DDR-Loyalität.

Die DDR war in gewissem Sinne tatsächlich eine „KopfgGeburt“<sup>10</sup> der Geschichte, ein Reflex auf äußerst bedrohliche Entwicklungen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts: Nach der längsten Friedensperiode der Vorkriegszeit dann von 1914 bis 1945 in drei Jahrzehnten gleich zwei verheerende Weltkriege; mit Atombombe und Kaltem Krieg schien kurz nach dem zweiten ein dritter, noch verheerenderer Weltkrieg in Sichtweite zu sein; immer bedrohlichere Krisen folgten in immer kürzeren Abständen – was lag näher, als die Ursache dafür in der Unfähigkeit des Kapitalismus zu suchen, mit den Problemen einer modernen Gesellschaft fertig zu werden? Vor dem Hintergrunderlebnis Faschismus und dem aufziehenden Kalten Krieg war Sozialismus für viele Menschen, nicht nur in der DDR, eine überzeugende Alternative.

Es bleibt der FAZ vorbehalten (aus welchen Motiven auch immer), angesichts der gegenwärtigen Verdrängungen mehr Ehrlichkeit in bezug auf frühere Überzeugung einzufordern und dafür ein prominentes Selbstzeugnis aus westdeutschen Kirchenkreisen zu publizieren: „Die Idee des Sozialismus selber war es, die faszinierte, der Gedanke, hier die Instrumente für die Gestaltung einer gerechteren und friedlicheren Gesellschaft zu finden. Die Grundidee schien gut, das ließ zwar über die Mängel in der Realität nicht hinwegsehen, man meinte aber, sie um des Zieles willen leichter ertragen zu können.“ Und weiter: „Für beachtliche Kreise in der Kirche war der Westen mit seinem ‘Imperialismus’, mit seinem ‘Kapitalismus’ und mit seiner ‘Ellenbogengesellschaft’, schließlich auch mit seiner Nato und seiner Abschreckungsdoktrin letzten Endes der schlimmere Feind des Menschen... letzten Endes kam man ohne wesentliche Elemente des Sozialismus bei seinen Zukunftsentwürfen nicht aus und die Frage schloß sich an, ob nicht schließlich doch dem sozialistischen Osten die Zukunft gehörte.“<sup>11</sup>

Der massive Protest gegen die SED-Führung von 1953 konnte viele Menschen in dieser Überzeugung ebenso wenig erschüttern wie die Ereignisse von 1956, waren sie doch – nicht zuletzt durch das Verhalten des Westens – als die logische Folge des verschärften Klassenkampfes im Frühstadium des Sozialismus deutbar. Auch den Bau der Mauer 1961 konnte man noch als einen zwar eigentlich systemwidrigen, aber um des Zieles Sozialismus willen notwendigen Akt deuten. Erstens wegen der immer wieder aufgerechneten hohen volkswirtschaftlichen Verluste der DDR aus der offenen Grenze, zweitens waren die Langzeitfolgen der Mauer nicht sogleich absehbar und zu bewerten (bis heute geht der Streit, ob nicht

die Mauer den Frieden in Europa gesichert hat), und drittens schien die Begründung einleuchtend, daß nunmehr sich der Sozialismus besser vor den subversiven Attacken des Westens schützen und sich somit *auf seinen eigenen gesetzmäßigen Grundlagen entfalten kann*.

Aber damit wurde 1968 zur eigentlichen Nagelprobe darauf, ob die DDR die in sie gesetzten Erwartungen hin zu einer sozialistischen Zukunftsvision erfüllen konnte. Die DDR hätte, besser als zuvor geschützt, ihr inneres Entwicklungspotential zugunsten deutlich aufgewerteter sozialer und politischer Lebensverhältnisse entfalten müssen. Nach acht Jahren mußte sich diese Rechnung wenigstens in Ansätzen bestätigen. Das war nicht der Fall, im Gegenteil.

Deutlich zurückgehendes Wirtschaftswachstum in der CSSR ging dem „Prager Frühling“ voraus. In der DDR entsprach die wirtschaftliche und soziale Entwicklung gleichfalls nicht den hohen Erwartungen, das wog angesichts der wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik um so schwerer. Doch nicht nur die Erwartungen von 1961 blieben unerfüllt, die Führung unter Ulbricht zeigte sich trotz akzeptabler ökonomischer Ansätze<sup>12</sup> als unfähig, die *politischen* Herausforderungen der sich abzeichnenden wissenschaftlich-technischen Revolution anzunehmen. Es war letzten Endes aussichtslos, Innovation, Kreativität und kritisches Infragestellen des Erreichten für Wissenschaft und Technik bei gleichzeitiger Abkopplung des größten Teils der Intelligenz vom internationalen Wissenschafts- und Forschungsprozeß zu fordern. In Politik und Gesellschaft galten zudem die gleichen für Wissenschaft und Technik gestellten Forderungen nach kritischer Kreativität als unerwünscht, obwohl gerade die gesellschaftlichen Restriktionen leicht als wesentliche Hindernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ausgemacht werden konnten. Dabei waren es Marxisten (im sogen. Richta-Report)<sup>13</sup>, die schlüssig von einer Scheidelinie in der Entwicklung der modernen Produktivkräfte sprachen und davon, daß sich jenseits dieser Linie früher durchaus bewährte politische Konzeptionen in ihr Gegenteil verkehrten. Die modernen Produktivkräfte bräuchten ein kreatives Umfeld, das nur mit einer demokratischen Öffnung der Gesellschaft zu haben sei.

Die militärische Intervention in Prag gab eine ganz andere Antwort. Damit vollzog sich bei vielen Menschen, die sich mit der DDR als Alternative zum anderen deutschen Staat identifizierten, eine Art Überzeugungswandel. Nun wurde allmählich verifizierbar, daß der Nomenklatura die eigene Machterhaltung mehr bedeutete als notwendige Reformen des Sozialismus. Ihre Reformverweigerung war erstmals in diesem Ausmaß aus einer prosozialistischen Perspektive als nicht zufällig erkennbar, und da dies eine strategische Wendemarke sozialistischer Entwicklung betraf, auch erkennbar als *nicht systemwidrig, sondern systemimmanent*, im politischen System und im Apparat angelegt.

Der Prager Frühling hatte Hoffnungen geweckt, die mit seiner Niederschlagung

enttäuscht wurden. Darauf mußte die SED-Führung intern mit dem Wechsel von Ulbricht auf Honecker reagieren, mit kleineren Reformen (1971 der VIII. Parteitag der SED), ohne die große Reform der Demokratisierung zu riskieren. Sie versuchte dies *erstens* mit Ansätzen einer neuen Offenheit und *zweitens* mit einer Umorientierung ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die neue Offenheit im Ansprechen der Probleme (Werner Lamberz) führte schon bald zu der faktischen Aufspaltung der Öffentlichkeit in einen *medialen* und *submedialen* Bereich. Im submedialen Bereich, *unterhalb* der Medienschwelle eröffneten sich (in der partikulären Öffentlichkeit mikrosoziologischer Bereiche) größere Freiräume für Selbstbestimmung, Kritik oder einfach Nischen. *Oberhalb* dieser Medienschwelle dagegen war Kritik nur in den verschlüsselten Ritualen der offiziellen Sprachregelungen möglich, und auch das nur begrenzt.<sup>14</sup> Kritisches Potential, systemkritisch oder konform, verlor sich so in den engen Horizonten der „Nischengesellschaft“. Wirkliche Gestaltungsräume für kritische Mitbestimmung reduzierten sich auf *insuläre* Dimensionen, der kritische Dialog mit der staatlichen und politischen Führung – immerhin eine Grundidee des sozialistischen Gesellschaftsmodells – wurde zunehmend mehr verweigert. Dennoch wurde diese Aufspaltung der Öffentlichkeit in gewisser Hinsicht angenommen.

Viele der ideologischen Rituale, deren Nichtbeachtung früher unangenehme Folgen hatte, wurden aus den Alltagsbeziehungen herausgenommen und fanden im Medienbereich ihren festen, weniger beachteten und damit ungefährlichen Platz. Die gewonnenen kleineren Freiheiten der Meinungsäußerung gingen freilich auf Kosten der notwendigen fundamentalen Gesellschaftskritik. Der interne staatstragende Konsens, der der „Kopfgeburt“ DDR von Anfang an zugrundelag, die Überzeugung, mit der DDR eine sozialistische Entwicklung gehen zu können, mußte Schaden nehmen. Die ideologisch begründete Loyalität zur DDR, die namentlich für viele Intellektuelle ausschlaggebend gewesen war, bestimmte sich so immer weniger aus der ursprünglichen Überzeugung als vielmehr aus der Hoffnung auf grundlegende Reformen nach einem sich abzeichnenden biologischen Ende der Honeckerführung.

Der Ausfall der Medien für öffentliche kritische Selbstverständigung ließ nur eine aufgesplitterte Opposition im Monadenzustand zu, ohne logistische Verbindung untereinander. Die sich mit der Opposition solidarisierenden Kirchenkreise stellten nur das Dach, unter dem sich oppositionelle Gruppen entfalten konnten, ihre fehlende Vernetzung war damit nicht zu kompensieren.

Insofern mußten oppositionelle Bewegungen in der DDR schwach bleiben. Die DDR ist auch nicht aufgrund einer starken Opposition zusammengebrochen, sondern durch die Kontraproduktivität ihrer Führung. Erst dadurch konnten relativ kleine Gruppen, auch dank der Generatorrolle der elektronischen Medien<sup>15</sup>, den entscheidenden Impuls für die Implosion des Systems auslösen. Aus der Sicht der



achtziger Jahre, als an den Zusammenbruch der DDR gar nicht, jedenfalls nicht so schnell, zu denken war, waren wirkliche Veränderungen nicht *von außen* zu erwarten, von Gruppen, die sich dem System gänzlich verweigerten, sondern von oppositionellen Gruppierungen *innerhalb* der Partei, die für den Marsch durch die Institutionen gewappnet waren. Gorbatschow schien diese Strategie, wenn sie je eine bewußt formulierte und konzentriert durchgesetzte war, zu bestätigen. Und zu dieser internen Opposition gehörte, daß man mit den verschlüsselten Ritualen der offiziellen Sprachregelungen virtuos umzugehen vermochte, gleichsam auf eine „ideologische Trägerfrequenz“ kritische und oppositionelle Botschaften so zu modulieren wußte, daß sie von der Öffentlichkeit diesen Intentionen nach auch dekodiert werden konnte.

Nach der Wende verschwand der Kontext, in dem diese Kommunikation von Codierung und Decodierung, der „zwischen den Zeilen“ versteckten Kritik einen Sinn machte. So gestaltete Texte waren ihrer subversiven Botschaft beraubt. Wer, wie Außenstehende, diese Sensibilität für verdeckte Botschaften nicht ausgebildet hatte, rezipierte quasi die benutzte ideologische Trägerfrequenz pur, die eigentlichen Botschaften selektiert er aus. Daß damit offizielle Ideologeme *auch von unten* instrumentalisiert wurden, für kritische Verständigung und Selbstverständigung, ist so nicht nachvollziehbar. Außerdem: In einer geschlossenen Gesellschaft, die sich über eine in sich geschlossene Ideologie definiert, gelten andere Maßstäbe für subversives Denken. Selbst kleine, Außenstehenden kaum nachvollziehbare „Revisionen“ hatten da u.U. größere Wirkungen als die Kreation (meist nur scheinbar) neuer Paradigmen im pluralistischen Wissenschaftsbetrieb.<sup>16</sup>

Vor diesem Hintergrund des längst aufgeweichten ideologischen Konsenses zeichnet sich der mentale Bruch von 1989/1990 als weniger drastisch ab. Die „Wende“ machte nur klar, was eigentlich längst zu ahnen war: Die Unfähigkeit der Führung hatte einen Problemstau in allen Bereichen der Gesellschaft herbeigeführt, der nicht mehr beherrscht werden konnte. Dennoch zeigte das *Schockartige* dieser Erkenntnis Wirkungen.

Man konnte sich zwar ausrechnen, daß die DDR seit langem auf Kosten ihrer Reproduktionsressourcen lebte und ihre Entwicklungsmöglichkeiten verspielte. Nur durchgreifende Reformen konnten noch etwas bewirken, aber die blieben aus. Im Warten auf Reformen ähnlich denen unter Gorbatschow in der UdSSR waren die wenigsten darauf vorbereitet, in Ost wie in West, einschließlich der gut situierten DDR-Forschung, daß die anhaltende Stagnation notwendigerweise zur *Implosion* führen mußte.

Am deutlichsten zeigte sich das am Machtapparat der SED-Führung, dessen verlässlichste Stütze die Staatssicherheit bildete, mittlerweile selbst gegen die eigene Parteibasis eingesetzt. Der Ausbau der öffentlichen Präsenz der Staatssicherheit in allen größeren Städten seit Ende der siebziger Jahre war eben zugleich

der erste Akt ihrer Selbstaufhebung. Damit mußte die Staatssicherheit auch im öffentlichen Raum agieren, jenseits ihrer eigentlichen, von der Öffentlichkeit abgeschirmten verdeckten Wirkungsfelder. Vor den Kameras der Weltöffentlichkeit mußte sie den Offenbarungseid leisten, denn *daß* sie öffentlichin Protestbekundungen eingreift, wurde zum Eingeständnis der Schwäche des Systems und leitete, im Sinne Mertons, eine grundsätzliche Verschiebung im Netzwerk der Definitionen bisheriger politischer Realität ein. Die bisherigen Spielregeln von Drohgebärde und Furcht verloren ihre Verbindlichkeit. Was äußerlich hoch gerüstet schien, zeigte gerade dadurch Schwäche. Die alten Definitionen von Macht galten nicht mehr. Im „Hochsicherheitstrakt DDR“ waren die Eisenarmierungen verrottet (Jens Reich).<sup>17</sup>

Die Implosion war total. Das Ausmaß der nicht bewältigten Probleme wurde *mit einem Schlag* offenbar. Der Realitätsschock war gründlich. In der Situation fielen alle Hoffnungen auf wirkliche Reformen des Sozialismus zusammen. Die Diskussion um einen demokratischeren, menschlicheren Sozialismus, der seit den sechziger Jahren noch Stoff für jahrzehntelange Diskussion bot und auch zur Formierung der Bürgerbewegung vor dem Oktober 1989 beitrug, war *danach* nur knapp zwei bis drei Monate für eine öffentliche Diskussion gut.

Insofern trieb viele Menschen einerseits nicht die Begeisterung für das bundesrepublikanische Gesellschaftssystem in das Stimmungshoch zur Vereinigung, sondern die schmerzliche Einsicht, bei aller Skepsis „nicht genau genug hingesehen und hingehört“,<sup>18</sup> die Reform*notwendigkeit* des Realsozialismus stillschweigend mit dessen Reform*fähigkeit* gleichgesetzt zu haben.

Andererseits hatte sich in der „Wendezeit“ eine bemerkenswerte „strukturelle Kontinuität“ im Denken vieler Menschen bewahrt, die schon ihr Verhältnis zur DDR zwischen Kritik und Loyalität bestimmte.

Die „Kopfgeburt“ DDR war die Entscheidung für ein gesellschaftliches Gegenideal, eine Utopie. Loyalität wie Kritik zur DDR kreisten um die Hoffnung, daß sich die Realität doch noch mit dem Ideal aussöhnt. Für das Ideal, die Vision hatte man sich entschieden, mit der Realitätsabweichung mußte man sich bescheiden lernen. Auch die Euphorie des schnellen Anschlusses an die Bundesrepublik profitierte nach Inge Münz-Koenen, „von einer im Massenbewußtsein imaginierten Wirklichkeit, einer utopischen Wunschprojektion... Nicht die Realitäten des anderen deutschen Staates wurden am 18. März 1990 gewählt und durch die folgenden Wahlen bestätigt, sondern gewählt wurde eine Fiktion, die sich speiste aus den Mangelsyndromen des Realsozialismus und ihr utopisches Gegenbild fand in einer Wunschwelt mit dem Zaubernamen ‘soziale Marktwirtschaft’“.<sup>19</sup>

Was hier drastisch als „Wunschwelt mit dem Zaubernamen ‘soziale Marktwirtschaft’“ benannt ist, hat noch eine sozialpolitische Vorgeschichte.

1971 war der Führung unter Honecker klar, daß sie im Konsumtionsniveau bei

angespannter Wirtschaftslage nicht mit der Bundesrepublik konkurrieren kann. Sie entschloß sich daher zur „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Soziale Sicherheit (Arbeitsplatz, Wohnungsbau) und stabile Preise sollten die Identifikation mit der DDR erleichtern wie die Anziehungskraft des Westens kompensieren. Sie sollten die Grundidee des Sozialismus aus alltäglicher Erfahrung bestätigen (das gemeinsam Erwirtschaftete kommt den Produzenten unmittelbar selbst zugute) und zugleich zu höherer Leistungsbereitschaft motivieren. Diese Politik mußte zu Lasten der Akkumulationsfähigkeit der Wirtschaft gehen, jedenfalls zu Anfang, bei der „Anschubfinanzierung“ für einen Wirtschaftsmechanismus, der sich dann durch die gegenseitige Stimulierung von Konsum und Produktion selbst tragen sollte. Da der erhoffte Effekt und damit die Steigerung der Arbeitsproduktivität ausblieb (auch die veränderte Weltmarktsituation seit dem Erdölpreisschock von 1973 machte einen Strich durch diese Rechnung), wurde aus der niedrigen Akkumulationsrate ein Dauerzustand. Die mit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik verbundenen stabilen Preise ließen sich nur noch für bestimmte Preisgruppen durchhalten und auch nur auf Kosten der allgemeinen Modernisierungsfähigkeit der Wirtschaft.

In der Folge hoben sich zwei unterschiedliche Wert-Preis-Relationen immer deutlicher voneinander ab. Bei „Waren des täglichen Bedarfs“ (z.B. dem einfachen Brötchen) war der Preis oft wesentlich niedriger als ihr tatsächlicher Wert (*1. Preis-Wert-Relation*). Umgekehrt bei gehobenen Gütern: der überhöhte Preis (z.B. modische Konfektion, Unterhaltungselektronik) drückte den geringeren Wert nicht aus (*2. Preis-Wert-Relation*).

In beiden Wert-Preis-Relationen währte sich der Staat positiv dargestellt. Stabile Preise im Alltagsbedarf sollten soziale Fürsorge, Sicherheit und Schutz vor Preiswillkür signalisieren. Mit den überhöhten Preisen für die anderen Warengruppen wurden Kindergartenplätze, niedrige Tarife und Mieten mit subventioniert (und zugleich versucht, die hohe Nachfrage, der man in den seltensten Fällen mit einem dauerhaften Angebot entsprechen konnte, zu drosseln). Aber statt der erhofften traten gegenteilige Bewußtseinseffekte ein.

Die erstrebte positive Präsenz vermittelte sich ja entweder über Güter (etwa das billige Brötchen), die ihrem Preisausdruck nach *nichts wert* zu sein schienen. Und im umgekehrten Fall der 2. Preis-Wert-Relation vermittelte sich diese Präsenz über zu hoch veranschlagte und zudem meist knappe, vielbegehrte Waren.

Die ideologischen Wirkungen dieser Preispolitik mußten kontraproduktiv sein, sie gestalteten den Systemvergleich von Ost nach West für die DDR ungünstig. In der begehrten und preislich aufgewerteten Gütergruppe bot „der Westen“ vor allem durch Werbefernsehen und „Intershop“ das Bild uneinholbarer Konkurrenz in Qualität, Vielfalt und Preis-Wert-Vergleich. Die niedrigen Preise und das stabile Angebot machten umgekehrt die relativ problemlose Verfügung über die anderen

Gütergruppen zu Selbstverständlichkeiten, kaum für ein positives DDR-Bild als bewußtes Gegenstück zum Hochglanzbild des Westens geeignet.

Hinzu kommt ein weiterer Umstand. Das dominierende Bild vom „Westen“ glich einer Touristensicht, einer Fiktion, *die nicht durch eigene Erfahrungen mit den problematischen Seiten dieser Gesellschaft relativiert werden konnte.* Arbeitslosigkeit war für die DDR-Deutschen individuell kein Problem, ebensowenig wie Mietwillkür oder westlicher Kriminalitätsstandard, aus welchen Gründen auch immer. Sie drückten andere Sorgen, die sich im Westen offenbar längst erledigt hatten: die Reproduktion alltäglichen Lebens in einer Mangelgesellschaft, die Aufrechterhaltung von Produktion und Dienstleistung unter immer komplizierteren Bedingungen und politische Bevormundung. *Bei fehlendem Erfahrungskorrektiv von der anderen Gesellschaft und sehr gegenwärtigen Problemen mit der eigenen mußte sich das Bild vom Westen Deutschlands zu einer imaginierten Wunschprojektion verfestigen, die der Vereinigungseuphorie lange vor der Wende den Boden bereitete.*

Nach dem Fall der Mauer wurde dieses projizierte Wunschbild von „sozialer Marktwirtschaft“ zunächst auch völlig bestätigt. Die erste Bekanntschaft mit dem westlichen Deutschland war überwältigend. Aus der Erfahrung der Mangelgesellschaft konnte der in den Schaufenstern ausgebreitete Warenüberfluß kaum verarbeitet werden. Nun war man mittendrin „im Westen“ und sogleich auf Distanz zu ihm. Kurioserweise offenbarte gerade das dankbar angenommene Begrüßungsgeld die lächerlich geringe Verfügbarkeit des soeben eröffneten Reichtums, und wie wenig man dazu gehörte.

Das führte zur *nachträglichen Umbewertung des früheren eigenen Verhaltens und Denkens*, wie es Thomas S. Kuhn für die Wissenschaftsgeschichte beschrieben hat: Aus einem neuen Paradigma heraus werden bekannte Fakten neu gesehen und umbewertet, da aus dem entwickelteren Erkenntnisstand der vorangegangene i. d. R. sich umfassender und kritischer bewerten läßt als aus diesen selbst heraus. Angesichts der offensichtlichen wirtschaftlichen Effizienz des Westens mutete das eigene Arbeitsleben in der DDR wie vertane Lebenszeit an, um deren Sinn man sich nachträglich betrogen fühlte. Daß man das alte System hingenommen und toleriert hatte, schien im Nachhinein unverständlich. Man begriff sich in seinem früheren Verhalten selbst nicht mehr. Der gewiß nicht geringe Lebensstandard aus DDR-Zeiten wurde retrospektiv als Armut gedeutet. – Das mußte förmlich „Nie wieder Sozialismus!“ und „Wir sind ein Volk!“ provozieren.

Auch im Selbstbild des Westens gab es mit dem Zusammenbruch der DDR Veränderungen, nur nicht so drastische. Angesichts des auch von westdeutscher Seite nicht ganz erwarteten Zerfalls und der Selbstaufgabe der DDR relativierte sich die kritische Sicht auf die eigene Gesellschaft. Das kritische Selbstbild trat zurück zugunsten einer positiven Überbewertung. Was vorher als Normalität

registriert wurde, begriff sich nun als Reichtum, kritische Distanz verwandelte sich in positive Wertbegriffe. Diese *nachträgliche Aufwertung der eigenen Realität* verdrängte über fast zwei Jahre jenen Wertewandel, auf dem der ganze öffentliche Diskurs der Bundesrepublik über den notwendigen ökologischen Umbau der Risikozivilisation aufsaß.

Die nachträgliche Überzeichnung zum negativen DDR- und positiven BRD-Bild trug so nicht nur ganz entscheidend zur Vereinigungseuphorie bei, sondern auch dazu, daß die Politik der konservativen Modernisierung öffentlichen Auftrieb bekam. Gesellschaftskritische Kräfte konnten, vor die Frage ihrer „Mitschuld“ oder unkritischen Haltung gegenüber dem Realsozialismus gestellt, entgegen ihrer Erwartung aus der Vereinigung kaum Kapital schlagen, kritische Selbstreflexivität ging zurück. Wie sonst läßt sich z.B. erklären, daß das gleiche Hochschulsystem der Bundesrepublik noch im Wintersemester 1988/89 der härtesten Kritik ausgesetzt war, ein Jahr später ganz selbstverständlich der Neuordnung des ostdeutschen Hochschulwesens als nicht zu hinterfragendes Muster dienen konnte und heute, nach vollendeten Tatsachen in Ostdeutschland, wieder der gleichen Kritik wie vor 1989 ausgesetzt ist?

Aber die *heutigen* Mentalitäten im vereinigten Deutschland sind schon wieder ganz andere. Das projizierte Wunschbild von sozialer Marktwirtschaft konnte nicht von langer Dauer sein. Mit dem Anschluß an die Bundesrepublik wurde diese Gesellschaft aus eigener Erfahrung verifizierbar. Das „time lag“ zwischen rasanter Zerstörung der alten Strukturen und dem quälendem Aufbau neuer forderte zudem zu einem *nachträglichen, korrigierenden Systemvergleich* – nach dem Zusammenbruch der DDR! – heraus, der zum früheren entgegengesetzt verläuft.

Jetzt korrigiert sich das *Bild vom „Westen“* aus eigenen Erfahrungen mit seinen problematischen Seiten. Die übersteigerte Fiktion „soziale Marktwirtschaft“ kann der erfahrbaren Wirklichkeit nicht mehr standhalten. Die Reaktionen auf die Selbsttäuschung und leichtfertigen Versprechen sind daher nicht selten aggressiv und destruktiv. Jetzt rächt sich, daß die Vereinigung in ein Bundestagswahljahr geriet und *für wahltaktische Zwecke auf Kosten ihrer strategischen Problematisierung instrumentalisiert wurde*.

Umgekehrt ist nun das *Bild von der DDR*, da nicht mehr als System existent, auch nicht mehr aus eigener Erfahrung korrigierbar. Frühere negative Erfahrungen verblassen vor dem Hintergrund der neuen und schwerwiegenden Probleme oder werden ganz verdrängt. So zeichnet sich jetzt schon eine Art „Atlantiskultur“ ab: Je mehr die DDR Geschichte wird, desto mehr Legenden können sich um sie bilden, neue Wunschprojektionen, aber nunmehr verklärend auf die Vergangenheit gerichtet. Je mehr und gründlicher alles liquidiert wird, was mit der DDR verbinden könnte, desto stärker wird dieser Trend. Die „Trotzidentität“ mit der

ehemaligen DDR, die Jens Reich konstatierte, ist ja kein spätes Bekenntnis zum politischen System der DDR, sondern ein Reflex auf die überstürzte Preisgabe alles Eigenen und der fehlenden Selbstverständnismöglichkeiten durch Medien, die mittlerweile fast vollständig, ökonomisch wie redaktionell, in westdeutsche Hände übergegangen sind.

An diesem Punkt stößt sich die notwendig gewordene differenziertere Aufarbeitung der Vergangenheit mit der politischen Realität. Im Klima der scheinbar unaufhaltsamen Euphorie kamen vor allem im Osten Deutschlands Politiker in Regierungsverantwortung, die für den schnellen Anschluß an die Bundesrepublik eintraten und einen radikalen Schlußstrich unter die DDR-Vergangenheit setzen konnten. Sie hatten sich (aus sehr verschiedenen Motiven) bewußt von ihrem geschichtlichen Hintergrund gelöst, und das ging konform mit dem Wählerwillen. Es waren Politiker gefragt, die sich schnell in die neue Wirklichkeit der Bundesrepublik hineinversetzen konnten. Die Interessen der ehemaligen DDR schienen so am effektivsten vertreten zu sein, das mußte nicht sonderlich thematisiert werden. Die Frage nach der Beschädigung der DDR-Identität und ihres Schutzes stand nicht und spiegelt sich auch nicht in Konzeption und Praxis der gegenwärtigen Politik wider.

Damit wächst die Differenz zwischen dem forcierten institutionellen Umbau und den psychosozialen Defiziten in den neuen Bundesländern weiter, die die Hoffnung auf Selbstbestimmung einschränkt, zusätzlich belastet durch eine Dämonisierung der DDR-Vergangenheit, die in der Zeit der Vereinigungseuphorie öffentlich akzeptiert war, heute aber auf Widerstand stößt. Die kollektive Lebensgeschichte der DDR läßt sich eben nicht auf ein Horrorszenario verkürzen (Manfred Haustein).

Auf diese Weise kommt der mentale Gegensatz zwischen Ost- und Westdeutschen nicht zur Ruhe, die „innere Mauer“ wächst. Auch die vorwiegend westdeutsch geführte Wirtschaft in den neuen Bundesländern, durch die Privatisierung bedingt, hat Mühe, sich auf die ostdeutschen Mentalitätsprobleme einzustellen, sie als eigenständige Potenz zu begreifen und nicht sogleich in gewohnte Funktionsmuster etablierter marktwirtschaftlicher Erwartungshaltungen zu pressen. So sind die mentalen Definitionen des Transformationsprozesses im Fluß, seine Zukunftsoptionen sind in dieser Hinsicht offen. Die ostdeutsche Transformation bleibt auch und gerade aus mentalitätsgeschichtlicher Perspektive ein Prozeß mit vielen Rätseln und möglichen überraschenden Wendungen.

## Zur mentalitätsgeschichtlichen Dimension des ostdeutschen Transformationsprozesses

- 1 Dieser Überzeugung lag wiederum die Verkürzung mentalgeschichtlicher Faktoren auf *kognitive* zugrunde, die im Idealfall rechtzeitig und zutreffend erworbener Erkenntnisse den Geschichtsverlauf im Sinne emanzipatorischer Interessen beeinflussen, anderenfalls (im Nachhinein erworbene bzw. fehlerhafte Erkenntnisse) hingegen *aktuell* die Intentionen verfehlen und erst später wieder als Erfahrungen von geschichtlichem Wert sind. Kognitive Faktoren sind i. d. R. in einen ganzen Komplex von aktueller öffentlicher Meinung, akkumulierter Erfahrungen, Wertewandel, Stimmungswechsel etc. in ihren medialen Vermittlungen eingebunden, die als Ganzes (des gesellschaftlichen Bewußtseins) Reflex wie Teil geschichtlicher Wirklichkeit bilden. Deshalb ist hier allgemeiner von „mental“en“, im weitesten Sinne „geistigen“ Faktoren die Rede.
- 2 Vgl. R. K. Merton, Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen, in: E. Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln 1966, S. 144ff.
- 3 Der Instinkt der Historiker sei darauf gerichtet, bei der Rekonstruktion der Vergangenheit den Leitlinien ihres Verstandes zu folgen. Vgl. M. Bloch, Die Feudalgesellschaft, Frankfurt/M. 1982, S. 98f.
- 4 Noch im Sommer 1987 beliefen sich laut einer repräsentativen Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie die Erwartungen darüber, wie lange die Mauer noch stehen werde, auf durchschnittlich 34 Jahre. Vgl. E. Noelle-Neumann, Demoskopische Geschichtsstunde, Zürich/Osnabrück 1992.
- 5 R. Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992, S.13ff.
- 6 Heute wird zudem immer offensichtlicher, daß die einfache Modellübernahme des Westens die Probleme der zweiten oder gar der dritten Welt nicht lösen kann (Vgl. H. Poldrack/B. Okun in diesem Heft). Selbst in konservativen Kreisen mehren sich die Zweifel daran, vgl. den Kommentar von K. Natorp in der FAZ vom 18.5.1992, S. 1.
- 7 Nach der Studie des Ostberliner Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung „Jugend nach der Vereinigung“ vom Sommer 1991 bejahten 55 Prozent der Befragten, daß sie sich als „Noch-DDR-Bürger“ fühlten (vgl. Junge Welt vom 13.9.91, S.19). Vgl. auch „Die Zeit“, Hamburg vom 3.10.1992; s. a. die sechsbändige Veröffentlichung des Instituts für Demoskopie: Märkte, Meinungen, Medienutzung in Deutschland – Ost und West, Adlensbach 1991.
- 8 Vgl. H. Poldrack/ B. Okun im vorliegenden Heft, S. 6-17.
- 9 M. Haustein, Das dualistische Schema von Licht und Finsternis, in: Neues Deutschland vom 23./24.5.1992, S.10.
- 10 „Die Geschichte der DDR, eines Staates, der eine philosophische These beweisen sollte und als Kopfgeburt in gewissem Sinne nur auf dem Papier gestanden hat, verlangt nach neuen Methoden. Die Erzählung wird voll von Paradoxien stecken, weil der Staat zur Verwirklichung einer Utopie gegründet wurde und seine Bürger sich jeden Abend eine Utopie des anderen auf den Bildschirm holten.“ P. Bahmers, Nichts für den Nahkampf, in: FAZ vom 9.8.1991.
- 11 Vgl. „Die Wahrheit macht frei“, in: FAZ vom 6.5.1992, S.4.
- 12 Vgl. F. Dieckmann, Konspiration mit der Vormacht, in: Die Zeit, Hamburg vom 3.10.1992, S. 49ff.
- 13 R. Richta, Zivilisation am Scheideweg (Richta-Report), Frankfurt/M. 1971.
- 14 Vgl. B. Okun, Medien und „Wende“ in der DDR, in: COMPARATIV, H. 3 (1991), S. 12ff.
- 15 Ebenda, S. 11f.
- 16 Das ist bis heute das Problem vieler westdeutscher Evaluatoren bei der Bewertung der Ex-DDR-Geistes- und Sozialwissenschaft. Auf diese Weise werden all die Differenzierungen zwischen „Reformern“ und Konformisten, die vor der Wende für die interne Verständigung wichtig waren und noch während der Wende mit entsprechenden Ausdruckszeichen bedacht wurden, im Nachhinein verwischt. Eben wegen ihrer kritischen Haltung zuvor öffentlich bekannte „Reformer“ werden nunmehr nicht selten in eine Reihe mit ihren tatsächlichen Gegenspielern auf der Seite der Macht gestellt.
- 17 Vgl. B. Okun, Medien und „Wende“ in der DDR, S. 17ff.
- 18 „Die Wahrheit macht frei“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.5.1992, S. 4.
- 19 I. Münz-Koenen, Enteignete Revolution – verwaltete Utopie – das Spiel der Medien mit dem kollektiven Unbewußten, in: COMPARATIV, H. 3 (1991), S.21.